

Bildung und Wissenschaft zwischen Verachtung und Ignoranz

Gero Fischer

Vorbemerkung

Fusionen und Intentionen

Exzellenz ist kaum mehr als nur ein Wort

Retro und trotzig Realitätsverweigerung

Studieren als (entbehrlicher) Luxus)

Schlussbemerkungen

Vorbemerkung

Zwei Ereignisse haben kurzfristig den bildungspolitischen Diskurs in Österreich zum Jahresende 2010 angetrieben: die mutwillige, politisch gewollte Zerstörung der außeruniversitären Forschung und das PISA-Debakel und dessen Folgen. Vor dem Hintergrund einer multiplen Krise überall in Europa kommt es zu massiven Kürzungen der Bildungsbudgets in Litauen, Italien (jeweils um 40%), in England zur Verdreifachung der Studiengebühren etc. etc. Man kann jedoch nicht für Fehler bei Planungen, Investitionen und zukunftssträchtigen Entscheidungen ausschließlich die globalen Verhältnisse verantwortlich machen. Dass sich der heimische Bildungs- und Forschungsbereich in einer so labilen Lage befindet und bei ökonomischen Krisen derart ins Wanken gerät, daran trägt die Politik vergangener Dekaden die Hauptschuld. Der akademische Bildungs- und Forschungsbereich war schon seit Menschengedenken unterfinanziert. Die Entscheidung der jüngeren Vergangenheit, finanzielle Mittel z.B. lieber in Eurofighter, in diverse bzw. dubiose Prestigevorhaben, in Schrottprämien und in die Bankenrettung statt in Bildung und Wissenschaft zu investieren, ist heimischen Interessengemengelagen geschuldet. Es sind dies Prioritätensetzungen, für die allein die heimische Politik verantwortlich ist, zu deren Prioritäten Anliegen des Bildungswesens und der Wissenschaft eindeutig nicht gehören. Für das österreichische politische Establishment ist Bildung und Wissenschaft vorwiegend dann von Belang, wenn sich daraus für die eigenen Machtinteressen Vorteile ableiten lassen. Das ist fahrlässig, verantwortungslos und vor allem fatal für die Zukunft. K.P. Liessmann bringt in einem Kommentar die politische Gemengelage treffend auf den Punkt¹: „Zufälle gibt es nicht. Der ehemalige Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) wollte die Beteiligung österreichischer Forscher am Cern-Projekt kappen, Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl (ÖVP) befand, dass Österreich keine Grundlagenforschung brauche, und im Zuge des jüngsten Budgets streicht Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) die Basisfinanzierung für außeruniversitäre Forschungsinstitute. ... Die ehemalige Partei des Bildungsbürgertums kehrt zur wissenschaftsfeindlichen Perspektive ihrer christlichen Wurzeln zurück. Anstelle des Glaubens an die Offenbarung ist der Glaube getreten, dass es genügt, ständig von internationaler Weltklasse zu schwätzen, um als Wissenschaftsland gelten zu können; alles andere kann eingespart werden. ... Die Budgetplaner – dazu gehört auch die SPÖ – haben offenbar jede Relation verloren. Die Brandschatzung der außeruniversitären Forschungslandschaft erbringt im Vergleich kaum mehr „als die Hälfte von dem, was der sechsköpfige Vorstand der OMV in einem Jahr verdient“.

Zu Jahresbeginn gab es ein Nichtereignis, nämlich die Präsentation des Bildungskonzeptes der ÖVP², das der Erziehungswissenschaftler Karl Heinz Gruber als „Ein Konzept von bewe-

¹ Konrad Paul Liessmann: Dumm, widersinnig und entlarvend. In : Falter 46/10 S. 6

² Es handelt sich um einen schlichten fünfseitigen Text, nachzulesen unter:
<http://www.oevp.at/download/1117114931022626.pdf>

gender Ahnungslosigkeit“ bezeichnet³. Wer sich unvoreingenommen diesen Text antut, wo nur in lockerer Formulierung und ohne Begründungen, ohne jegliche Berücksichtigung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse einige Empfehlungen und Versatzstücke überkommener bürgerlicher Bildungsvorstellungen aufgelistet werden, muss dem harten aber zutreffenden Urteil von K.H.Gruber über dieses Elaborat zustimmen, wenn er schreibt: „Es gibt keine Mindeststandards, wie ausführlich und fundiert ein Bildungsprogramm oder Bildungskonzept zu sein hat, aber die vier (!) Seiten, die das neue Bildungsprogramm der ÖVP umfasst, dürften alles unterbieten, was in den letzten Jahrzehnten irgendwo in Europa eine staatstragende Partei zur Schulreform vorgelegt hat. Es ist kaum zu glauben, aber zu diesem Papier, das aussieht, als sei es auf einer Bahnfahrt von Bruck an der Mur nach Wien ‚konzipiert‘ worden, haben die ÖVP-Bildungs- ‚Experten‘ etwa ein Jahr gebraucht.“⁴ Als Beleg für diese herbe Kritik genügt die Lektüre eines kurzen aber vollständigen Ausschnittes aus dem Dokument, das Kapitel über die Volksschule:

Volksschule. Individuell und fördernd.

- im Zentrum steht der Erwerb der Grundkulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen;
- integrative Sprachschule bedeutet verpflichtende Sprachförderung am Nachmittag für Kinder mit sprachlichen Defiziten;
- Begabungen und individuelle Stärken werden durch individuelle Lernpläne und Lernziele gefördert;
- im Rahmen der bedarfsorientierten Nachmittagsbetreuung soll ein besonderer Fokus auf Förderung der musisch-kreativen Fächer und Sport – auch in Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen – erfolgen;
- vertiefte Förderung sozialer Kompetenzen in allen Lernprozessen;
- Begleitphase am Ende der 3., am Anfang und in der Mitte der 4. Klasse der Grundschule als Orientierungshilfen – „Bildungsempfehlung“ als Ergebnis;
- am Ende der Grundschule muss jedes Kind lesen, schreiben, rechnen und sich korrekt ausdrücken können;
- ohne positive Bildungsempfehlung ist ein Übertritt in die Mittelstufe nicht möglich.

Mehr Text zum Thema Volksschule findet sich im „Bildungskonzept“ tatsächlich nicht. Es sei betont, dass alle anderen Kapitel (Wichtige Leitlinien und Werte der ÖVP für die Schulreform. - Der neue Kindergarten. Wiege des Bildungserfolgs. - Die Mittelstufe. Differenziert und leistungsorientiert. - Die Schwerpunktschulen in der Oberstufe. Spezialisiert und niveauvoll. - Leistung muss sich lohnen. - Rahmenbedingungen. Innovativ und verlässlich.) im selben Stil gehalten sind: insgesamt eine Ansammlung Selbstverständlichkeiten bzw. von Trivialitäten, so gut wie keine Elemente, die man als innovativ oder originell bezeichnen müsste. Das soll eine ernst zu nehmende solide Basis für Gespräche und Verhandlungen über das zukünftige Schulwesen in Österreich sein?

Fusionen und Intentionen

Zusammenlegungen, feindliche Übernahmen, udergl. haben sich nachweislich in der Wirtschaft selten wirklich bewährt. Unter diesen Erfahrungen ist eine Übertragung von Strukturbereinigungsmaßnahmen der Wirtschaft auf den Wissenschaftsbereich ausgesprochen gewagt. Hinter dem vorgeblich ökonomischen Konzept der Einsparung, die die Zusammenlegung außeruniversitärer Forschung mit Universitätsinstituten bringen soll, verbirgt sich in Wirklichkeit nicht nur eine formale „Strukturbereinigung“ sondern eine inhaltliche Säuberung der Wissenschaftslandschaft. Fusionen, auch wenn sie in Einzelfällen möglich und sinnvoll erscheinen, sind niemals neutral hinsichtlich der Konzeption und Planung von Forschung in den fusionierten Institutionen. Die übernommene Institution muss sich nach der „Konzernmutter“ orientieren, sie gibt ihre Autonomie ab und das hat Konsequenzen für die wissenschaftliche Ausrichtung.

Außeruniversitäre Forschung ist eine wichtige Ergänzung der universitären Forschung. Ihr Potenzial liegt darin, dass sie der universitären Verpflichtungen – insbesondere Lehre, Admi-

³ Heinz Karl Gruber: Ein Konzept bewegender Ahnungslosigkeit. In: Standard 11.1.2011 S. 27

⁴ K.H.Gruber: Ein Konzept von bewegender Ahnungslosigkeit. In: Standard, 11.1.2010

nistration udergl. – ledig ist und sich daher sehr flexibel in die Forschung einbringen kann. Dies ist insbesondere in gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen relevant, da die entsprechenden Institutionen sich aktuell in den wissenschaftlichen und kritischen Diskurs dort einbringen können, wo z.B. auf (gesellschafts)politisch relevante Fragen (in Ökologie, Ökonomie, Sozialbereich, Bildungs- und Kulturpolitik, usw.) kritische Antworten gefordert sind. Dass viele dieser Forschungsaktivitäten und Ergebnisse nicht immer (oder sogar immer weniger) mit dem Willen des politischen Establishments konform laufen, macht auch die Rabiathheit verständlich, mit der gerade in diesem Sinne unbequeme Forschungen der existenzielle Boden entzogen werden soll. Man merke dabei einen besonderen Austriazismus: Es werden diese Institute nicht stillgelegt sondern sie werden durch finanzielle und materielle Austrocknung zur Aufgabe gezwungen. In der gegebenen österreichischen Förder- und Sponsoring-Landschaft ist es an sich schon schwierig, Projektgelder für spezielle Forschungsaufträge (insbesondere gesellschaftswissenschaftlicher Fragestellungen) aufzutreiben, Basisfinanzierung auf diese Art zu sichern ist nahezu unmöglich.

„Exzellenz“ ist kaum mehr als nur ein Wort

Man muss die Forschungs- und Hochschulpolitik der letzten Jahre im Zusammenhang sehen. Die politisch gehypte und letztlich aufoktroyierte europäische Studienarchitektur (Bologna-Architektur) sowie die Universitätsreform von 2002 haben dazu geführt, dass Forschung ausgelagert wurde, bzw. Forscher buchstäblich in der Flucht aus den Universitäten einen Ausweg gesehen haben. Viele dieser außeruniversitären Forschungsinstitutionen haben ausgesprochen hohe internationale wissenschaftliche Reputation erlangt (auch ihnen – Exzellenz hin Exzellenz her – drohen Kürzungen und der Entzug der Basissubvention).

In diesem Kontext ist es schon bemerkenswert, wenn seitens des Ministeriums vorgeschlagen wird, „exzellente“ Institutionen mit Forschungsinstituten an der Universität zusammenlegen zu wollen/sollen. Wie das bei dem verrotteten Zustand der Universitäten möglich und sinnvoll sein soll, bleibt ein Rätsel. Viele dieser Institutionen waren ja deshalb gegründet worden, um sich Freiräume zu schaffen und zu nutzen, die innerhalb der universitären Strukturen nicht gegeben waren. Da sich die Verhältnisse an den Universitäten in den letzten Jahrzehnten stetig verschlechtert haben, kann die Empfehlung an Universitätsinstitute anzudocken nur als ernste Drohung interpretiert werden.

Man muss sich das einmal konkret vorstellen: Die Kündigung der Basissubvention bedeutet, dass z.B. u.a. die bisher genutzten Räumlichkeiten aufgegeben werden müssen, da die Mieten nicht mehr bezahlt werden können, das impliziert die Übersiedlung von Personal und Bibliotheken, Archiven u.a. Sachwerten an die Universitätsinstitute. Das impliziert auch die Entlassung von Personal. Der Lösungsvorschlag in Zusammenlegungen mit Universitätsinstituten die entsprechenden Einsparungs-/Synnergieeffekte zu erzielen ist weitgehend Fiktion. Es ist mir kein Universitätsinstitut bekannt, das über zusätzliche räumliche Kapazitäten verfügen würde, die für ein solches „Andocken“ notwendig wären. Die wesentlichere Frage ist allerdings, was mit dem wissenschaftlichen Personal geschehen soll. Es handelt sich dabei in erster Linie um in der Forschung und Wissenschaftspublizistik tätige Personen mit spezifischem Qualifikations- und Tätigkeitsprofil, das mit dem an den Universitäten nicht notwendigerweise kompatibel ist. Dazu kommt noch die Frage der Finanzierung: Wenn fusioniert werden soll, wo sollen die dafür notwendigen zusätzlichen Mittel dafür herkommen (wenn es sich nicht um „feindliche“ Übernahmen handeln soll)? Denn für die „übernommenen“ Institutionen ist es unter der Oberhoheit von Universitätsinstituten erheblich schwieriger die Selbständigkeit von Projekten im universitären Rahmen durchzusetzen und selbständig Drittmittel für wissenschaftliche Auftragsarbeit einzuwerben. Interessenskonflikte sind unausbleiblich. Da geht es formal um die Frage kompatibler Wissenschaftskonzepte ebenso wie um das Renomé, das Institutsleitungen gefährdet sehen, wenn allzu aktuelle Fragen erforscht werden und

kritische Ergebnisse in den Medien und von der Politik kontroversiell diskutiert werden. Es geht auch um die Frage der Stellung und Rolle praxisnaher Forschung, mit der sich manche traditionsbewusste Institutionen nicht „anpatzen“ wollen. Und immer geht es aber um Macht und Einfluss. Die angedrohte zwangsweise Unterstellung außeruniversitärer Forschung unter die Universitäten muss unter diesen Umständen nicht als freundlicher Akt, als Überlebenshilfe vielleicht, sondern als glatte Entmündigung u Kontrolle interpretiert werden.

Warum muss ein System zerstört werden, das sich im Wesentlichen gut bewährt hat? Eine Antwort kann nicht alleine in den vorgeblichen durch Fusionen erzielbaren Synergieeffekten gesucht werden: Das Ende der freien, kritischen Forschung ist somit absehbar – und politisch gewollt. Denn: Es fällt auf, dass auf der Streichwunschliste in erster Linie geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche, sozialwissenschaftliche Forschungsinstitutionen stehen, von denen sich einige durch gesellschaftspolitisch relevante Forschungsergebnisse im In – und Ausland einen exzellenten Namen gemacht haben, um die wichtigsten der betroffenen zu nennen: das Schrödinger-Institut, das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), das Internationale Forschungsinstitut Kulturwissenschaften (IFK), das Institut für Höhere Studien (IHS), das Zentrum für Soziale Innovation oder das Österreichische Institut für Internationale Politik (ÖIIP). Etwa 2500 Forscher sind durch diesen geplanten Kahlschlag existentiell bedroht. Die Phobie gegen Geistes- und Kulturwissenschaften ist sehr wohl auch ideologisch-politisch motiviert und ein Erbe der schwarz-blauen Koalition, als in das Gremium des Wissenschaftsrates (auf den entsprechende Liquidierungsempfehlungen zurück gehen) Personen, darunter Burschenschafter, nominiert wurden, die diese Ressentiments nur frei ausleben können. Es ist anzunehmen, dass für einige der hier genannten Institutionen in letzter Minute irgendwelche Rettungskonstruktionen erdacht werden, damit die internationale Blamage sich in Grenzen hält.

Vor diesem Hintergrund ist die politische Rede, dass nur „exzellente“ Institutionen gefördert werden sollen, in Wirklichkeit eine peinliche Ausrede. „Strukturanpassungen“, „Restrukturierungen“ – beliebte Schlagwörter (nicht nur im übertragenen Sinn) – sind schon lange geplant und die aktuelle Wirtschaftskrise ist der willkommene Anlass, kritische und unabhängige Wissenschaftsdisziplinen, die dem Gang und den Interessen von Wirtschaft und Politik im Wege stehen, unter dem vorgeblichen Diktat der leeren Kassen gleichsam zu entsorgen oder zumindest zu neutralisieren. Die Einsparungen bedeuteten die Auflösung von Institutionen und die Kündigung von wissenschaftlich hochqualifizierten Mitarbeitern, die sich anderswo, vorwiegend im Ausland umsehen müssen, sie sind unwiederbringlich verloren, sie werden selbst dann nicht zurückzuholen sein, wenn finanziell bessere Zeiten ausbrechen sollten. Dieser Wahnsinn ist nur damit zu erklären, dass es der Regierung und der herrschenden politischen Elite egal ist, was mit der kritischen außeruniversitären Forschung geschieht.

Retro und trotzige Realitätsverweigerung

Das österreichische Bildungswesen produziert seit Jahren funktionale Analphabeten bzw. sog. Risikogruppen in beträchtlichem Ausmaß – ca 1/3 der 16-Jährigen (75% davon Einheimische!) fallen darunter – und dieser Skandal wird bestätigt, seitdem Österreich an PISA teilnimmt. 2010 wurde allerdings bisher der absolute Tiefpunkt erreicht. Regelmäßig nach der Veröffentlichung der (von Neuem) niederschmetternden PISA-Ergebnisse werden vom politischen Establishment Versuche unternommen, Verantwortung abzuschieben, z.B. auf die Schüler mit migrantischem Hintergrund, oder jetzt vermeint man strukturelle Fehler bei PISA zu erkennen (die es ja sicherlich gibt, aber von diesen Mängeln sind ja alle Teilnehmer betroffen), auf Teilboykotte (übrigens durch Schülervorteiler mit Aspirationen auf eine politische Karriere in der kleineren Regierungspartei) etc. Es sei erinnert, dass sich Österreich grundsätzlich (und freiwillig) zur Teilnahme an PISA entschlossen hat offensichtlich in fataler Selbstüberschätzung und in der irrigen Meinung, sich im internationalen Ranking ganz oben

zu platzieren. Ein Spitzenplatz wurde kein einziges Mal erreicht – eher das Gegenteil (eigentlich auch eine Rekordleistung), von daher werden der Katzenjammer und die verzweifelte Suche nach externen Sündenböcken (die einfachste Art, sich die Hände in Unschuld zu waschen) verständlich. Immer wieder verspricht das politische Establishment „jetzt aber wirklich und definitiv etwas zu unternehmen“, aber noch jedes Mal wurden diesbezügliche Hoffnungen enttäuscht und es sieht so aus, als würde auch dieses Mal diese Tradition fortgesetzt. Angesichts des in Wirklichkeit vorhersehbaren neuerlichen PISA-Debakels und vielleicht auch aus dem Bestreben wieder die „Themenführerschaft“ in Sachen Bildungspolitik zurückzugewinnen hat die ÖVP zu Jahresbeginn 2011 ein Bildungskonzept vorgelegt, mit folgenden Kernpunkten:

Beim Abschluss der Volksschule sollen Klassenlehrer bzw. Schulleiter „Bildungsempfehlungen“ für den weiteren Bildungsweg aussprechen, d.h. de facto die Entscheidung treffen, ob die Eltern ihre Kinder in die Neue Mittelschule / NMS oder die AHS schicken. Diese vorgeschlagene Praxis spricht allen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Forschungsergebnissen zur Zuverlässigkeit von Ausleseverfahren und Prognosen von Bildungskarrieren Hohn.

Hauptschulen / HS werden in Neue Mittelschulen umgewandelt mit verpflichtender „Mittlerer Reife“, die über den Zugang zur AHS und anderen Schulen der Sekundarstufe entscheidet. Dass der HS- / NMS-Abschluss in irreführender Weise als „Mittlere Reife“ / MR bezeichnet – in Deutschland entspricht die MR in der Regel der 10. Schulstufe, die Wahl der Terminologie bloß eine Gedankenlosigkeit? – einen erheblich selektiveren Charakter als die „alte“ AHS-Aufnahmsprüfung hat, davon kann wohl ausgegangen werden (vermutlich deshalb wurde auch die jüngst lancierte Forderung nach Aufnahmeprüfung für die AHS wieder fallengelassen, weil diese durch ein schärferes Selektionsinstrument ersetzt würde). Die Unterstufe der AHS soll parallel zur NMS bestehen bleiben und weitgehend hinsichtlich der Bildungsziele identisch mit den NMS / HS sein. Gegen eine Aufwertung der HS zu NMS werden sich inhaltlich kaum triftige Argumente anführen lassen. Hingegen die parallele Existenz von zwei „Unterstufen“ (NMS und AHS-Unterstufe) lässt sich auch ökonomisch kaum rechtfertigen.

Der Vollausbau, d.h. die volle Umwandlung der HS in NMS soll 130 Mio € pro Jahr kosten. Damit wird das österreichische Schulsystem im internationalen Vergleich noch teurer werden, aber wird es damit auch effizienter? Die Ungereimtheiten dieser Vorschläge stoßen durchaus auf gemischte Reaktionen seitens Experten, der Eltern- und Schülervertretungen.

Hinter dieser „Reformfreude“⁵ der ÖVP kann man aber eine Strategie erkennen, die den Weg zu einer einheitlichen Schule bis zum 14. Lebensjahr endgültig verbarrikadieren soll und eine Renaissance des alten prestigehaltigen, der ursprünglichen Konzeption des 19. Jh. nach nur Eliten vorbehaltenen Gymnasiums bewirken soll. Dazu können die NMS durchaus als Steigbügelhalter dienen, indem – jetzt bildhaft gesprochen die Prolos in die NMS weggelobt werden, denn dann können die gehobenen sozialen Schichten in den Gymnasien wieder unter sich bleiben. Als Steuerungsinstrumente dienen dafür zwei Selektionsinstitutionen, die „Bildungsempfehlung“ nach der 4. Schulstufe und die „Mittlere Reife“ (nach der 8. Schulstufe). Der Prestigegewinn für die Gymnasien wäre damit wieder gesichert. Nicht zufällig kommt Beifall und Zustimmung dafür auch von der extremen Rechten mit dem Schlagwort von der Rettung der Gymnasien⁶.

Die Einforderung der verbindlichen Mitwirkung der Eltern (z.B. bei Hausübungen etc.) ist geeignet, bildungsferne wie auch sozial schwache Schichten, Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund etc. nicht nur zu überfordern, sondern schlimmstenfalls auch zu diskriminieren. Im Wortlaut der Bildungsempfehlung liest sich das so: „Die Eltern sind für die Erziehung und Ausbildung der Kinder verantwortlich ... Die partnerschaftlichen Aufgaben

⁵ Presse 8.1.2011, S.1

⁶ „FPÖ lobt ‚Rettung des Gymnasium‘ in: Presse 8.1.2011

zwischen Schule und Eltern werden in einer Bildungsvereinbarung festgeschrieben.“ Welche Konsequenzen bzw. Sanktionen hat diese (vertragsähnliche?) „Bildungsvereinbarung“ für die Erziehungsberechtigten im Falle ihrer Nichterfüllung?

Studieren als (entbehrlicher) Luxus

Die Tatsache, dass sich akademische Bildung in Österreich einer geringen Wertschätzung erfreut, zeigt sich auch darin, dass sie über keine nennenswerte Lobby verfügt (wenn, dann jedenfalls mit weit geringerem Einfluss als z.B. die Lobby der Frächter). Davon zeugen auch die von der Politik vorgelegten Sparpläne, die Familien mit studierwilligem Nachwuchs finanziell spürbar benachteiligen. Das Stipendiensystem – nicht den aktuellen Verhältnissen angepasst – ist nicht in der Lage einigermaßen ausgleichend zu wirken und soziale Ausgrenzung zu verhindern. Weit verbreitete akademikerfeindliche Tendenzen in Österreich, geschürt von Boulevard und populistischen Meinungsmachern, missachten Bildungsarbeit, diffamieren das Studium als „Aufenthalt in sozialen Wärmestuben“ und „Hängematten“. Dafür sollen die Studierenden der Volksmeinung nach auch „ordentlich zahlen“⁷. Favorisiert wird auch ein Kreditsystem⁸ wie in Australien (wo allerdings in Folge dessen die Studiengebühren exorbitant gestiegen sind). Dass Kreditfinanzierung im tertiären Bildungssektor (für den Staat ein bequemer Rückzug aus der budgetären Verantwortung) vorerst einmal bei jedem einzelnen Studierenden einen Schuldenberg von Zigtausend € produziert (bei sehr konservativer Schätzung 10 000 € pro Studienjahr) und den Start ins Berufsleben mit einer nicht unerheblichen Hypothek belastet, wird in der Regel ebenso übersehen wie das Faktum, dass der Horror vor Schulden sozial schwachen bzw. verunsicherten Schichten ein Studium als extremen Risikofaktor erscheinen lassen muss. Kreditfinanzierte Systeme sind nicht in der Lage gegebene soziale Diskriminierung abzubauen, sie können vielmehr letztere noch verschärfen. Die Vorstellung, dass man Studium, Lernarbeit, Bildungsarbeit als Arbeit, mehr noch als zu honorierende, finanziell zu entgeltende Arbeit ansehen kann (wie z.B. in Dänemark, wo Studierende eine Art Gehalt bekommen) ist hier zu Lande völlig fremd. Im Prinzip wäre dies aber bloß eine analoge Fortführung der Entwicklung vom Lehrgeld, das früher Lehrlinge dem Meister für die Ausbildung zu entrichten hatten, zum Lehrlingsentgelt heute, das die Auszubildenden für ihre Arbeit erhalten. Im österreichischen Kontext würde eine solche Denkrichtung eine Kulturrevolution darstellen, die nicht zu erwarten ist, man muss vielmehr davon ausgehen, dass es politisch nicht intendiert ist, geistige Lernarbeit anzuerkennen und dass es jenseits aller Rhetorik nicht allzu ernst gemeint ist, bildungsferne Schichten stärker zu motivieren, ihren Nachwuchs auf die Hochschulen zu schicken (denn sonst hätte bei den Stipendien Gravierendes passieren müssen).

Der aktuelle hochschulpolitische Diskurs dreht sich um die Frage der Beschränkung des „freien Hochschulzuganges“, der sich sichtlich mehr in Richtung Beschränkung des Hochschulzuganges überhaupt bewegt (unter den derzeitigen verheerenden Zuständen sind die Hochschulen immer weniger in der Lage, zusätzliche Studenten zu verkraften). In diesem Kontext passt auch die Forderung von Teilen der Lehrgewerkschaftsführung nach Wiedereinführung der Aufnahmeprüfungen für AHS⁹ (offensichtlich ist diesen Repräsentanten der Bildungsszene das mickrige Drittel derjenigen, die von der Pflichtschule in die zur Matura führenden Schulen übertreten, schon zu viel). Die Absage an Bildungsförderung für soziale Randschichten ist allerdings ein reaktionärer Trend, der sich in verschiedenen Ländern Europas äußert: In drastischer Weise wird dies in Großbritannien vorgeführt mit der tendenziellen Verdreifachung der Studiengebühren. Damit werden sozialpolitische Konzepte umgesetzt, die den politischen

⁷ Vgl. Umfrage zu Studiengebühren und Aufnahmeverfahren veröffentlicht in der „Presse“ vom 18.12.2010: Leitartikel: Breite Mehrheit für neue Studiengebühren

⁸ Jürgen Langer: Studienfinanzierung: Es geht auch anders. In: Der Standard 20.12.2011

⁹ Inzwischen hat sich seitens der AHS-Direktoren Einspruch formiert, siehe Standard, 29.12.2010, S. 7

Willen zur Festigung der herrschenden Klassenstrukturen, zum Ende der sozialen Durchlässigkeit und zur sozialen Auslese manifestieren.

Schlusssbemerkungen

Es wäre höchste Zeit, sich den Realitäten direkt und offen und ohne Scheuklappen zu stellen. Die Debatten um die PISA-Ergebnisse, die diversen Schuldzuweisungen sind peinliches parteipolitisches Schmierentheater. Es ist bezeichnend, dass das allarmierende Faktum, dass in Drittel der Pflichtschulabgänger (75% Einheimische!) nicht die Mindeststandards an Lese- und Schreibkompetenz auf wie Altersgenossen in anderen Ländern aufweist, die für Weiterbildung aber auch für einen erfolgreichen Eintritt in den Arbeitsmarkt notwendig ist, zu keinen sichtbaren Veränderungen des bildungspolitischen Diskurses geschweige der Bildungspolitik geführt hat. Es wäre höchste Zeit, sich den Realitäten direkt und offen zu stellen. Die Debatten um die PISA-Ergebnisse, die diversen Schuldzuweisungen sind peinliches parteipolitisches Schmierentheater.

Der langjährige Trend der PISA-Tests ist eindeutig, Österreichs Pflichtschulabsolventen rutschen im internationalen Vergleich stetig ab, die Gruppe der Risikoschüler wird immer größer. Die Politik erweist sich als unfähig diesen Trend auch nur aufhalten zu können, obwohl im österreichischen Bildungswesen vergleichsweise viel Geld unterwegs ist. Ausreden (wie die, dass Schüler mit Migrationshintergrund „uns“ die Statistiken „versauen“), wären zwar populär und liegen gewissermaßen im xenophoben Trend, halten aber empirisch nicht. Es reicht die Fakten zur Kenntnis zu nehmen: Soziale Herkunft und Schulbildung der Eltern bestimmen die Schulkarrieren in Österreich wie in kaum einem anderen OECD-Land. Die geringe Lesekompetenz ist eine österreichische Massenerscheinung. Die Geringschätzung von Literatur bettet sich ein in eine Landschaft der Verachtung von Lesekultur, mit dem Vorbild von Spitzenpolitikern, die sich rühmen, kein Buch zu besitzen, ... Einen Denkanstoß könnte die zornige Einschätzung von Elfriede Jelinek¹⁰ geben: „Ich kann höchstens wiederholen, was ich immer schon gesagt habe: Österreich vergötzt den Sport und verachtet jede Art geistiger Leistung. Das ist gesellschaftliche Norm und wird schwer zu durchbrechen sein. Dieses Land hat immer seine besten Geister und Künstler vertrieben, noch in den 70er-Jahren die wichtigsten Künstler in die Emigration getrieben und kriminalisiert. Wie kann man da erwarten, dass intellektuelle oder künstlerische Leistung überhaupt einen Wert darstellen sollen? Man weiß ja gar nicht, wo man überhaupt anfangen könnte, etwas zu kritisieren, wenn immer noch die Gegenreformation marschiert.“

Kinder werden noch in der Volksschule für ihren späteren Lebensweg buchstäblich selektiert, nur damit diese katholisch geprägte feudalistische Klassengesellschaft ihre Existenzlücke der auserwählten (und in meist katholischen Privatschulen erzogenen) Elite und des ungebildeten Fußvolks aufrechterhalten kann. Nur in katholischen Ländern findet man noch so rückständige Gesellschaften ...“

Dem ist wenig hinzuzufügen, außer vielleicht dem Hinweis auf eine weitere Dauerbaustelle, die geplante Reform der neuen Lehrerausbildung, die durchaus auch Charakterzüge einer Farce aufweist. Der politische Diskurs lässt zumindest zwei Optionen erkennen, die durchaus in einen österreichischen Kompromiss münden können:

- Lehrerausbildung (Sekundarschulbereich) als eine Art Kurzversion von drei Jahren im Irgendwo zwischen Pädagogischen Fachhochschulen (PädFH) und den Universitäten. Was quantitativ so aussieht wie eine Lehrlingsausbildung und inhaltlich wie qualitativ mehr als fragwürdig ist¹¹, soll dann die Basis für die pädagogische und fachliche Qualität der künftigen Lehrergenerationen abgeben. Sollten genau diese Vorstellungen

¹⁰ Der Standard, 7.12.04

¹¹ Vgl: Gero Fischer: Was die Reform des Lehramtsstudiums zu versprechen droht.

<http://slawistik.univie.ac.at/studium/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

umgesetzt werden, so kann mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, dass eine massive Dequalifizierung der Ausbildung der pädagogischen Berufe auf dem Fuß folgen wird und dass in weiterer Folge man sich über die Qualität und Resultate der pädagogischen Arbeit im österreichischen Bildungswesen am besten keinerlei Illusionen machen soll.

- Inzwischen favorisieren laut Presse¹² Bildungs- und Wissenschaftsministerin eine Lehrerausbildung für Volksschullehrer mit Master-Abschluss als Standard (wobei die Frage ist, ob diese Forderung auch so wie gesagt auch gemeint war). Da eröffnet sich gleich der nächste Systemwiderspruch: Die PädFH sind von ihrer Konstruktion und ihrer wissenschaftlich ausgebildeten Personalstruktur nicht in der Lage, MA-Lehrgänge mit akademischem Anspruch anzubieten. Das können derzeit nur Universitäten, die bisher nur die Lehrer der Sekundarstufe ausbilden dürfen. Die rational schwer begründbaren Parallelstrukturen in der Lehrerausbildung – analog zur Zweigleisigkeit von NMS und AHS-Unterstufe – sind seit Jahrzehnten Quelle und eine der wesentlichen Ursachen sowohl für Ineffizienz und Ressourcenvernichtung als auch für Stagnation und Reformresistenz im österreichischen Bildungswesen. Die Forderung von OECD und (nationalen wie internationalen) Experten nach einer einheitlichen universitären Ausbildung für Pädagogen aller Stufen und Ausrichtungen wird aber konsequent von einer komplexen politischen Interessensgemengelage ignoriert und unterlaufen.

Österreichs Politik ist zügig unterwegs, den bisherigen Standard im Bildungswesen und in der Forschung sukzessive zu verlieren und die sozialelektive Spaltung der Bildungslandschaft voranzutreiben anstatt das vorhandene intellektuelle Potenzial zu fördern. Der steigende Lebensstandard, die längere Lebenszeit, aber auch die komplexer werdenden gesellschaftlichen Verhältnisse – sind Faktoren, aus denen die Schlussfolgerung gezogen werden könnte, dass wir schon jetzt eigentlich mehr Zeit und Energie für Bildung, Ausbildung und Forschung investieren müssten – also das genaue Gegenteil der aktuellen Bildungs- und Forschungspolitik ...

Wien, Dezember 2010 – Jänner 2011

¹² vom 8.1.2011